



Sicherheitslage im Uranbergbau («Wismut«)

28. September 1961

Bericht Nr. 602/61 über die im Zusammenhang mit den Schutzmaßnahmen der DDR aufgetretenen politisch-operativen Schwerpunkte in der Verwaltung »W« Karl-Marx-Stadt

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 478, Bl. 151–163 (4. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Kein Nachweis für externe Verteilung – MfS: Mielke, AG Anleitung und Kontrolle, Ablage.

Bemerkung

Mit Verwaltung »W« ist die MfS-Dienststelle zur Sicherung des Uranbergbaus »Wismut« gemeint. Vgl. Karlsch, Rainer: Uran für Moskau. Die Wismut – eine populäre Geschichte. Berlin 2007.

I. Objektmäßige Schwerpunkte

Erzaufbereitungswerk – Seeligenstädt/Bezirk Gera:

Es handelt sich um einen modernen Betrieb mit einer großen Kapazität, die Ende des Jahres voll erreicht werden soll. Die Planerfüllung ist noch nicht gewährleistet, da der Aufbau noch nicht abgeschlossen ist. Es zeigen sich eine Reihe von Schwächen, die teils in einer unrichtigen Projektierung ihre Ursachen haben, andererseits in vorhandenen Schwierigkeiten der Leitungstätigkeit zu suchen sind.

In der Nacht vom 17. zum 18.9.1961 gab es in diesem Objekt eine Havarie, die einen 10-stündigen Produktionsausfall zur Folge hatte. Die Untersuchungen erwiesen sich insofern als schwierig, da ein Teil des ingenieurtechnischen Personals es sehr gut verstanden hat, sich hinter den Rücken der sowjetischen Genossen zu verstecken, um ihre eigene Unaktivität [sic!] und Sorglosigkeit zu verdecken. Das Werk ist für das gesamte sozialistische Lager von großer Bedeutung.

Schachtkombinat »207« und Schachtkombinat »371« – Aue:

Auftreten von Feindtätigkeit in Form größerer Schmierereien, vornehmlich Hakenkreuze und feindliche Losungen. Vorhandensein einer Konzentration von 100 ehem. NSDAP-Mitgliedern im Vorderrevier des Schachtkombinats »207«.

»Thüringer Such- und Schürf-Expedition« (TSSE):

Hier zeigen sich Einflüsse vonseiten des Gegners. Schwerpunkte sind:

- Mechanisch-geologische Abteilung,
- Kartografische Abteilung,

wo ein starker gegnerischer Einfluss vorhanden ist.

Begünstigt werden diese negativen Einflüsse des Gegners besonders durch die große Zerstreung in verschiedenen kleinen Betriebsgruppen.

Garagen Ronneburg und Aue:

Es besteht ein starker Einfluss negativer Kräfte unter den Busfahrern. Zu bemerken ist, dass diese Kraftfahrer schon am 17.6.1953 eine negative Rolle spielten und maßgeblich an den faschistischen Aktionen in Gera beteiligt waren. Zur Frage des »Produktionsaufgebotes« und zur Beseitigung von unnötigen Stillstands- und Wartezeiten wird keine Aktivität entwickelt. In 30 Gewerkschaftsversammlungen, die zu oben genannten Problemen in der Garage, Objekt Aue, durchgeführt wurden, kam keine Aussprache zustande, und man hüllte sich vonseiten der Kraftfahrer in Schweigen.

HO Wismut:

Große Schwächen im gesamten Kontrollapparat haben strafbare Handlungen zum Nachteil der HO in starkem Maße begünstigt. Die Beschuldigten verstanden es, ihre Schädlingstätigkeit sehr gut zu tarnen und nach außen als fortschrittliche Personen in Erscheinung zu treten, die zum Teil prämiert und mehrfach ausgezeichnet wurden. Einen weiteren Schwerpunkt bildet das vorhandene Bedienungspersonal unserer Bergarbeitergaststätten. Es besteht zum größten Teil aus politisch desinteressierten und kriminell vorbestraften Personen. Darunter sind auch zum Teil sittlich verkommene und unkonsequente [sic!] Menschen, die einen moralisch schlechten Lebenswandel führen. Bei auftretenden negativen Diskussionen und Provokationen, die sich gegen Partei und Regierung richten in den Gaststätten, verhalten sie sich meistens ruhig und treten den Provokateuren nicht energisch entgegen.

II. Allgemeine Probleme, die als Schwerpunkte in Erscheinung treten

Störfreimachung:

Die Frage der Störfreimachung wird unterschätzt und nicht als die gegenwärtig entscheidende Aufgabe, sondern als eine Sache langer Termine angesehen.

In starkem Maße ist diese Frage noch ein ideologisches Problem innerhalb der Ingenieure und Verantwortlichen, die sich trotz des 11. und 12. Plenums noch zu sehr nach dem Westen orientieren.¹ Es wurden mehrmals Kommissionen gebildet zur Störfreimachung, die nicht gearbeitet haben.

Besondere Schwierigkeiten liegen noch auf dem chemischen Gebiet, wo noch bestimmte Materialien zur Erzaufbereitung aus den USA bezogen werden.

Es gibt jedoch eine Reihe von Geräten, die von uns bzw. vom sozialistischen Lager bezogen werden können, jedoch aus alter Routine bisher aus dem kapitalistischen Ausland eingeplant werden. Das zeigt sich besonders krass im Erzaufbereitungswerk Seeligenstadt, wo Aggregate nicht nur aus Westdeutschland, sondern aus einer Reihe weiterer kapitalistischer Länder, wie Schweden, England und Frankreich bezogen wurden. Charakteristisch zu diesem Problem ist die Frage der Rettungsgeräte. Diese werden nach wie vor von der westdeutschen Firma »Dräger« – Lübeck – bezogen, obwohl sich sowjetische Rettungsgeräte im Einsatz bewährt haben. Der Einfuhr dieser Geräte stehen lediglich noch gewisse gesetzliche Bestimmungen entgegen und werden diese Geräte, die auf Kalksystem aufgebaut sind, von der zentralen Rettungsstelle Leipzig abgelehnt, da angeblich die Erprobungszeit noch nicht abgelaufen ist. Die Einfuhr dieser Geräte würde den Bergbau in dieser Richtung sofort störfrei und unabhängig von Westdeutschland machen.

Ein weiteres wichtiges Problem ist die Herstellung von »CO Prüfröhrchen« für das Prüfen von giftigen Gasen, die ebenfalls von der Firma »Dräger« bezogen werden. Die Zentrale Rettungsstelle der »W« hat seit 1956 in Schlema eigene Röhrchen entwickelt. Seit dieser Zeit geht der Kampf mit der Zentralen Rettungsstelle Leipzig um die fabrikmäßige Herstellung. Gegen die Aufnahme der Produktion in Leipzig, später in einer Chemischen Fabrik in Apolda und jetzt in einem Zweigwerk in Eisenach, gibt es ständig neue »Quertreibereien«. Bis jetzt wurden jährlich Tausend dieser Röhrchen auf primitiver Weise hergestellt, die in Ordnung sind und sich auch bewährt haben.

Ingenieurtechnisches Personal

Im Gegensatz zur Aktivität der Arbeiter zeigt sich eine zunehmende Passivität unter einem großen Teil dieses Personals. Es machen sich vielfach Einflüsse einer bürgerlichen Lebensweise bemerkbar. Man beschäftigt sich ungenügend mit den politischen Fragen und neigt zum größten Teil zur Sorglosigkeit. Große Teile des ingenieurtechnischen Personals fühlen sich nicht als Leiter von sozialistischen Kollektiven, sondern sehen lediglich nur die »ökonomische Seite« ihres Berufes. In den Wohnobjekten wird eine verhältnismäßig schwache politische Arbeit entwickelt.

Dieses negative Verhalten zeigt sich auch in der Stellungnahme zur Durchsetzung von großen Produktionsleistungen, wo das ingenieurtechnische Personal verschiedentlich in den einzelnen Schächten nicht Schritt hielt, um an der Spitze zu stehen. So kam es verschiedentlich, wie z. B. im Schacht »Lichtenberg«, bei einer Produktionsberatung zu harten Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitern und dem ingenieurtechnischen Personal. Von den Arbeitern wurde diesen leitenden Kadern offen gesagt, dass sie zurückbleiben und nicht anleiten.

Ein wesentlicher Teil des ingenieurtechnischen Personals, vor allem in den Verwaltungen, orientiert sich in starkem Maße auf Fachzeitschriften aus den »kapitalistischen Ländern«. Für diese Lage trägt nicht unwesentlich der Umstand bei, dass die politische Arbeit, besonders in einigen Abteilungen der Generaldirektion, stark unterschätzt wird.

Zu bemerken ist, dass in letzter Zeit vonseiten der Generaldirektion eine verstärkte politische Arbeit entwickelt wurde.

Schwerpunkte innerhalb des ingenieurtechnischen Personals sind:

- Bau- und Maschinenabteilung sowie weitere drei Abteilungen der III. Verwaltung,
- Hauptverwaltung des Objektes »90«,
- leitendes Personal des Objektes »177«,
- Werk »512«,
- Wetterabteilung des Schachtes »366«,
- Markscheiderei der SGEG Aue.

Medizinische Intelligenz

Hier zeigen sich besonders größere Schwankungen. Einzuschätzen ist, dass ungefähr 20 % der Angehörigen der medizinischen Intelligenz eine positive Stellungnahme zu den Maßnahmen der Regierung der DDR bezieht, während der übrige Teil eine schwankende und unklare Haltung einnimmt. Diese Haltung kommt besonders in einer stark verbreiteten [sic!] Tendenz des Schweigens und in der Zurückhaltung der persönlichen Meinung zum Ausdruck. Es besteht die Tendenz, dass man nicht offen seine Meinung sagen kann. Nur in einzelnen Fällen treten Chefärzte offen ablehnend auf, wobei der negierende Einfluss sich auf die Angehörigen des mittleren medizinischen Personals und die Patienten auswirkt. Das führt dazu, dass große Teile dem politischen Geschehen passiv gegenüberstehen, obwohl die Aufklärungsarbeit unter diesen Personen schon Ergebnisse zeigte.

Schwerpunkte bilden:

Bergarbeiterkrankenhaus – Erlabrunn

- besonders Röntgenabteilung,
 - Institut für Bakteriologie und Serologie.
- Eingeschätzt werden muss, dass von ca. 75 Ärzten lediglich 10 bis 15 % eine positive Haltung einnehmen.

Bergarbeiterkrankenhaus – Obergöltzsch

- Röntgenabteilung und Poliklinik Auerbach.
- Hier besteht eine starke Orientierung unter den Ärzten in Bezug auf das Hören von NATO-Sendern.

Bergarbeiterkrankenhaus – Stollberg

In den Stationen »E II« und »E IV« in der Gynäkologischen Abteilung besteht eine starke Verbreitung von Westschmökern und Empfang von westlichen NATO-Sendern.

Bergarbeiterkrankenhaus – Gera, Bergarbeiterkrankenhaus – Schneeberg

Für diese treffen sinngemäß vorgenannte negative Erscheinungen ebenfalls zu.

Jugend

Große Teile der Jugendlichen unterliegen noch Schwankungen, die auf westliche Einflüsse zurückzuführen sind.

So verließen im Montagekontor von 44 Jugendlichen 18 eine Versammlung zum »Kampfauftrag der FDJ«. ²

Im Werk »536« in Zwickau erklärten sich nach Verlesung des Kampfauftrages der FDJ von 18 Jugendlichen nur zwei bereit, in die NVA einzutreten. Erst nach Einschaltung weiterer gesellschaftlicher Organisationen und nach längeren Auseinandersetzungen gelang es, einen größeren Teil der Jugendlichen zum Eintritt in die bewaffneten Kräfte zu bewegen.

Im Schacht »371« Aue und im Kombinat Ronneburg-Reust wurden von den Jugendlichen negative Diskussionen geführt und ein Eintreten in die NVA abgelehnt.

Vereinzelt traten bei den Werbungen Überspitzungen auf, die korrigiert wurden.

So wurden Jugendliche in eine niedrige Lohnstufe eingesetzt, ohne dass man vorher mit ihnen ernsthaft gesprochen hatte.

Der Leiter der Hilfsbetriebe im Objekt »17«, Genosse Fritzsche, äußerte: »Wer nicht zur NVA geht, fliegt oder erhält eine Beurteilung, dass er nirgends wieder Arbeit bekommt.«

In einigen Fällen wurden Jugendlichen Schläge angedroht. Die betroffenen Jugendlichen reagierten auf solche Überspitzungen mit der Ankündigung, ihr Arbeitsverhältnis zu lösen.

Die Aktivität der FDJ-Funktionäre entsprach nicht immer den Anforderungen der Situation.

Einzelne FDJ-Sekretäre in den Schächten zeigten Kapitulationserscheinungen. Zwei FDJ-Sekretäre wurden abgelöst – im Objekt »102« und »Mechanische Werkstatt«, Oberschlema –.

GST

Bei der Durchführung der Aktion vom 13.8.1961 hat die GST vollständig versagt und jede Aktivität vermissen lassen. Bei einer Reihe leitender Funktionäre zeigte sich schwankendes und kapitulantenhaftes Verhalten. Kennzeichen für die Lage ist eine ungenügende politische Arbeit, wobei nur die »sportlichen Belange« im Vordergrund stehen.

III. Politisch-ideologische Schwerpunkte

Im Verlaufe der durchgeführten Maßnahmen traten in den einzelnen Wismutobjekten verschiedentliche Schwankungen unter Teilen der Belegschaft in Erscheinung.

Schwerpunkte dieser feindlichen Argumente waren insbesondere verschiedene Berufsgruppen in den sogenannten Hilfsbetrieben unter den Spezialberufen, wie

- Schweißer,
- Schlosser,
- Elektriker,
- Spezialarbeiter,
- Schießmeister,
- Geologen,
- Markscheider,
- Kraftfahrer.

Als wesentliche Schwerpunkte traten dabei in Erscheinung:

- Mechanische Werke in Karl-Marx-Stadt, Aue und Zwickau,
- Mechanische Abteilungen in den Schächten,
- Förderabteilungen in den Schächten und Übertagebetrieben,
- Busfahrer der Garagen in Aue, Ronneburg, Seeligenstädt und Plauen.

Das negative Verhalten kam in folgenden Unklarheiten zum Ausdruck:

- im Unglauben an die Kraft und Stärke des sozialistischen Weltsystems,
- in einer Überschätzung der militärischen Stärke des Westens,
- in politischem Desinteresse, in gleichgültigem und passivem Verhalten,
- in rein formalen Zustimmungen,
- in der Angst vor kriegerischen Auseinandersetzungen.

Weitere negative Diskussionen hatten folgende feindliche Argumente zum Inhalt:

- Durch die Maßnahmen der DDR wird die Kriegsgefahr erhöht, da die Westmächte die Maßnahmen nicht tatenlos hinnehmen werden.
- Durch die Maßnahmen der DDR werden die Versorgungsschwierigkeiten in der DDR größer, da der Westen eine Wirtschaftsblockade verhängen wird.
- Forderungen nach sogenannten »Freien Wahlen«,
- Forderungen nach der Revision der Oder-Neiße-Grenze,
- Wir gehen nicht freiwillig zur NVA, soll die Regierung doch die Wehrpflicht einführen.

1

Das 11. Plenum des ZK der SED fand vom 15. bis 17.12.1960 statt und beschloss u. a. nach der Kündigung des innerdeutschen Handelsabkommens durch die Bundesrepublik am 30.9.1960, dass westliche Einflüsse verringert werden sollen. Das 12. Plenum fand vom 16. bis 19.3.1961 statt. Dort wurden Wirtschaftsfragen beraten: Ein Schwerpunkt sollte dabei die weitere Entwicklung von Wissenschaft und Technik bis zum Jahr 1965 sein.

2

Unmittelbar nach dem Mauerbau startete u. a. die FDJ eine Kampagne zum »freiwilligen« Eintritt in die NVA. Vgl. Ohse, Marc-Dietrich: Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961–1974). Berlin 2003, S. 34 f.